

Stellungnahme zu Punkt Nr. 2 der Tagesordnung/Sitzungsvorlage Nr. 073/2023

1. Elternbeiträge Kinderbetreuung 1-6 Jahre
2. Automatische Erhöhung im Kita-Bereich
3. Automatische Erhöhung in der ekB
4. Neu-Definition des Tammer Schlüssels

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bernhard,

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute Abend liegt uns ein sehr großes Bündel an Veränderungen im Betreuungsbereich zur Abstimmung vor. Zum einen sollen wir über eine Erhöhung der Gebühren entscheiden. Zum anderen geht es um einen jährlichen Automatismus bei der Erhöhung der Gebühren im Rahmen des Landesrichtsatzes sowohl im Kita-Bereich, als auch im Bereich der Schulkinderbetreuung. Des Weiteren soll der Tammer Schlüssel in einigen Bereichen angepasst und optimiert werden.

Die Kinderbetreuung hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Betreuungszeiten werden anders nachgefragt, als noch vor Jahrzehnten. Gebühren steigen durch unterschiedlichste Faktoren. Die Verwaltung hat auf Basis einer Organisationsuntersuchung, einige Punkte daraus priorisiert und zur Diskussion vorgelegt. Die Vorschläge der Verwaltung erläutere ich nachfolgend aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Beginnen möchte ich, aus meiner Sicht mit dem unverfänglichsten Thema: „Neu-Definition des Tammer Schlüssels“. In diesem werden Grundlagen der Arbeit des Betreuungspersonals festgelegt und Rahmenbedingungen für die

Karin Vogt, Stadträtin Tamm

Einrichtungen geschaffen. Selbstverständlich muss auch mit dem Gedanken der Optimierung die Sicherung der Qualität in den Einrichtungen immer das oberste Ziel sein und weiterhin gewährleistet bleiben.

Der Tammer Schlüssel basiert im Moment in Teilbereichen auf Leistungen, die on-Top auf den KVJS-Schlüssel angewendet werden. So erhalten Leitungen einen 15%-igen Aufschlag pro Gruppe an Freistellung. Jedoch im Moment in unterschiedlichen Zusätzen pro Einrichtung. Des Weiteren werden PIAs und Anerkennungspraktikant*innen (APs) on-Top beschäftigt.

Welche Punkte werden nun von der Verwaltung vorgeschlagen:

1. **10 % VZÄ Personalschlüssel pro Gruppe, ab der 2. Gruppe zusätzlich**

Ein sehr guter Vorschlag und ein großzügiges Angebot der Verwaltung. Diese zusätzliche Investition kommt sowohl den Kindern als auch dem Personal zugute, vor allem in Zeiten von Ausfällen durch Urlaub, Fortbildung oder Krankheit kann dies die Situation abfedern. Dem stimmen wir vollumfänglich zu.

2. **Springerpool**

Ein ständiger Springerpool für Notfälle ist grundsätzlich eine hervorragende Idee. Wir unterstützen diesen Punkt ausdrücklich. Nur die Umsetzung bzw. die konstante Besetzung des Pool sehen wir aufgrund des Fachkräftemangels in diesem Bereich kritisch. Geplant ist den Pool mit Helferinnen zu bestücken, was jedoch in manchen Situationen einfach nicht ausreichen wird. Wünschenswert wäre eine Mischung aus Helferinnen und pädagogischen Fachkräften, die je nach

Einrichtung und Bedarf entsprechend eingesetzt werden. Ebenso kann der Pool einer großen Fluktuation unterliegen. Zudem bedarf es einer guten und ständigen Pflege des Pools, damit dieser ausreichend und gut mit Aushilfen bestückt bleibt. Ansonsten verfehlt er seine Wirkung.

3. Leitungsfreistellung nach Vorgabe des Gute-Kita-Gesetzes

Im Moment gibt es in der Leitungsfreistellung uneinheitliche Vorgaben, wie die Organisationsuntersuchung gezeigt hat. Der Vorschlag der Verwaltung zur Vereinheitlichung lautet: 15 % Freistellung für die erste Gruppe. Pro weitere Gruppe gibt es 5 % Freistellung dazu. Dies basiert auf den Vorgaben des Gute-Kita-Gesetzes“ für Baden-Württemberg und bedeutet: 6 Stunden pro Woche für die erste Gruppe und weitere 2 Stunden pro Gruppe ab einer Zwei-Gruppigkeit. Der Gedanke, die bisherige Mehrzuteilung an Leitungsfreistellung zurück in die Betreuung fließen und den Kindern zugutekommen zu lassen, ist wichtig und richtig. Denn wir benötigen mehr Zeit an den Kindern und nicht an den Akten! Dies findet ausdrücklich unsere Zustimmung. Dies bedeutet aber auch, dass für die Leitungen die Verwaltungsaufgaben auf den Prüfstand gehören, diese verschlankt und die Leitungsaufgaben, wo immer möglich, entbürokratisiert gehören.

4. Anrechnung der PIAs, FSJler und den APs:

Hier hat die Organisationsuntersuchung die Anrechnung der genannten Personengruppe mit 20 % angemerkt. Die Verwaltung hat diesen Punkt jedoch zum Glück gleich verworfen. Gut so, dass diese Mitarbeitenden weiterhin on-top in den Einrichtungen eingesetzt werden. Eine gute Anleitung und Einarbeitung dieser Gruppierung gibt

Karin Vogt, Stadträtin Tamm

es nämlich auch nicht umsonst und bindet Zeit, die anderweitig dann natürlich fehlt.

Des Weiteren wird der Wegfall von Öffnungszeiten vorgeschlagen. Die Regelbetreuung, mit Zeiten von 7:30 Uhr bis 12:30 Uhr und zwei Nachmittagen pro Woche, soll wegfallen. Ebenso die VÖ 2, die verlängerte Öffnungszeit von 7:30 Uhr bis 14:30 Uhr. Bei der Regelbetreuung regen wir schon seit Jahren an, diese wegfallen zu lassen, da sie kaum mehr nachgefragt wird, wie die vorgelegten Zahlen erkennen lassen. Ebenso ist die VÖ 2 durch die Schaffung von GT 15, mit einer Betreuungszeit von 7:00 Uhr bis 15:00 Uhr als Zwitterzeit, nur bedingt interessant für Eltern. Vor allem im Hinblick auf die Abholzeit, mit Blick auf den Aufbau der Tagesstruktur im Mittagsbereich, ist eine Optimierung in diesem Bereich ist in meinen Augen auch pädagogisch sinnvoll. Wir begrüßen diese Anpassung, obwohl wir der Flexibilität immer das Wort reden. Dies ist in unsern Augen jedoch eine sinnvolle Maßnahme.

Kommen wir nun zum Vorschlag der automatischen Anpassung der jährlichen Gebühren in den Betreuungsbereichen.

Wir sagen NEIN! Natürlich ist es mühsam, jedes Jahr die Gebühren erneut zu diskutieren mit der Gefahr, dass wieder jemand auf eine Idee kommt diese in der vorgeschlagenen Form in Frage zu stellen. Aber ich, in meiner Funktion als Gemeinderätin, würde schon gerne immer Bescheid wissen, was in diesem Bereich so abgeht! Welche Empfehlungen es vom Städte- und Gemeindetag gibt. Welche Erhöhungen im Moment en vogue sind. Mich interessieren immer sowohl die Meinungen der Eltern zu einer Erhöhung, als auch die momentanen Bedürfnisse und Bedarfe der Familien. Im Austausch mit den Eltern zu bleiben ist in meinen Augen die Basis guter Entscheidungen.

Karin Vogt, Stadträtin Tamm

Kommen wir nun zum ungeliebten Thema der Gebühren in der Betreuung. Eine gute Kinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Kommune ist gefordert und sollte alles dafür tun, dass Menschen mit guten fachlichen Kenntnissen nach der Kinderzeit, dem Wunsch nach schneller Rückkehr ins Berufsleben, nachkommen können. Dafür müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Da ist die Bereitstellung des entsprechenden Platzangebots nur ein Faktor. Des Weiteren ist es die Aufgabe der Kommune bezahlbare Gebühren zu schaffen. Es kann doch nicht sein, dass eine Familie mit einem Kleinkind unter drei Jahren und einem mittleren Einkommen sich bei den hohen Gebühren im Ganztage genau durchrechnen muss, ob sich nach dem Ende der Elternzeit eine Rückkehr in die Arbeitswelt tatsächlich finanziell lohnt! Im Zuge des Fachkräftemangels in allen Bereichen sollten wir als Kommune doch alles daran setzen, einer gut qualifizierten Person die Rückkehr in den Arbeitsmarkt so leicht wie möglich zu machen. Da darf die Gebühr einer Kinderbetreuung nicht der ausschlaggebende Faktor zur Entscheidung sein.

Doch wie definiert sich „bezahlbar“?

In Rahmen einer Klausursitzung im April hat die Verwaltung zusammen mit dem Gemeinderat und dem GEB versucht die Gebühren und die entsprechenden Rahmenbedingungen zu betrachten. Da wurde noch einmal deutlich, was nicht verwunderlich war, dass es unterschiedliche Ansätze zur Erhebung der Gebühren gibt. Wer die Diskussion zu diesem Thema hier im Gemeinderat verfolgt hat weiß, dass wir in der Vergangenheit immer für einkommensabhängige Gebühren gestritten haben. Die Mehrheit diese einzuführen war jedoch in diesem Gremium nie vorhanden. Auch der GEB hat sich in der Klausursitzung eindeutig gegen einen Systemwechsel bei der

Karin Vogt, Stadträtin Tamm

Altersgruppe Ü3 ausgesprochen und das jetzt vorliegende Konstrukt gebilligt. Dies haben wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehört und verstanden. Jedoch habe ich auch mitgenommen, dass eine Überarbeitung der Ganztagesgebühren im U3 Bereich durchaus gewünscht wird. Deshalb lassen sie uns die hohen Gebühren im Ganztage etwas glätten und auf das einkommensabhängige System umstellen, auch wenn es nicht unbedingt gerechter dadurch wird. Welches System wir auch bei den Gebühren anlegen, es ist uns klar, dass wir niemals eine faire Verteilung der Kosten erhalten werden. Es muss uns aber in erster Linie darum gehen, die aktuellen Bedarfe der Eltern aufzunehmen, zu versuchen eine gute Kosten-Nutzen-Verteilung hinzubekommen, mit möglichst geringem Verwaltungsaufwand. Wir verbinden damit auch die Hoffnung den Familien die Entscheidung dadurch zu erleichtern, dass sie zum frühestmöglichen Zeitpunkt zurück in den Beruf gehen, Rentenpunkte sammeln und in die Sozialversicherung einzahlen können. Dabei könnte aus unserer Sicht der Antrag der SPD ein Kompromiss und eine Diskussionsgrundlage für die weitere Entwicklung sein, wünschenswerter Weise gemeinsam mit dem GEB. Wir werden den Antrag der SPD einstimmig unterstützen.

An dieser Stelle würde ich gerne noch eine weitere Variante ins Spiel bringen. Die Möglichkeit der Kompensation über unsere Tamm Card. In Anlehnung an die Stadt Kornwestheim, die ihren Familien bei einem Familieneinkommen von 4000 € einen 50%-igen Abschlag der Betreuungsgebühren gewährt, hätten wir über die Erhöhung der Einkommensgrenzen bei der Tamm-Card die Möglichkeit finanziell schwache Familien zu unterstützen und dies mit überschaubarem Verwaltungsaufwand.

Wir haben in den letzten Jahren viel Geld in die Sanierung und Erneuerung der

Karin Vogt, Stadträtin Tamm

Betreuungslandschaft hier in Tamm gebracht. Dass hohe Investitionen in die Gebührenkalkulation zu einem gewissen Teil einfließen muss klar sein. Doch es muss nicht immer für teures Geld gebaut werden. Wir fordern schon lange die Verteilung der Betreuung auf unterschiedlichste Standbeine. Da ist die Kindertagespflege eine wertvolle Ergänzung, um Plätze außerhalb der Kommune zu schaffen. Daneben sehen wir es auch mit Freude, dass sich die Stadt nun aufmacht in Richtung Waldkindergarten. Wie man in einem Inserat im Amtsblatt sehen kann, auf der Suche nach einem Grundstück für dieses Projekt.

Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit!